



Ein guter Zeitpunkt, um zu Pausieren

Vor 8 Jahren erschien die erste Ausgabe der attensione - damals noch nicht mit diesem Titel. In der Ausgabe November 2011 kündigten wir unsere Ausstellungstour „Aktueller Antisemitismus in Deutschland und Europa“ an. Außerdem mobilisierten wir für die Antifa-Demonstration „Schöner Leben ohne Naziläden“ in Pirna. In einem kleinen Bericht informierten wir über einen Nazi-Übergriff in Neustadt/ Sachsen. Zu diesem Zeitpunkt war es der neunte Überfall seit Juli. In den folgenden Jahren gab es eine Reihe Interviews: mit Zivilgesellschaftlichen Vereinen, mit Musik-Bands oder mit Zeitzeug_innen.

Nun ist die Zeit gekommen, dass wir unsere Info-Zeitschrift (vorerst) nicht weiter führen werden. Mit der Eröffnung der K2 Kulturkiste in Pirna haben wir weitere wichtige Aufgaben übernommen. Auch unsere ursprünglichen Projekte erfordern viel Aufmerksamkeit. Mit der akubiz-Internetseite haben wir ein sehr gutes (und teilweise barrierefreies) Angebot, um über all unsere Veranstaltungen zu informieren und Neuigkeiten bekannt zu geben. Insofern werden wir auch weiter öffentlich präsent sein.

Wir werden also sehen, was die Zukunft bringt und danken euch für die Unterstützung in den vergangenen 8 Jahren, in denen 74 Ausgaben entstanden sind. Diese sind im Archiv in der K2 Kulturkiste oder auch in der SLUB Dresden einzusehen.

Einen guten Start ins neue Jahr,
attensione-Team Pirna

Männlich - Weiblich - Egal!

- Im Rückblick: Kirche für Demokratie
- Im Rückblick: Zur Extremismusklausel
- Im Rückblick: Brandstifter-Tour der NPD
- Ankündigung: Solikonzert für Asylsuchende

26.11.2012 | Tag der Schande in Pirna

Am frühen Montag, eine Woche nach dem sogenannten „Volkstrauertag“ und eine Woche vor dem „1. Advent“ hat die Stadt Pirna ernst gemacht. Das Denkmal, welches bisher im Friedenspark an die militärische Zerschlagung Nazideutschlands erinnerte musste weichen. Der politisch motivierte Abriss war im Stadtrat von Pirna (am 27.06.2012) von der CDU, mit Hilfe weiterer Stadträte mit 14 Dafür zu 8 Gegenstimmen durchgedrückt worden(1).

Auch ein Kompromissversuch der LINKEN im Stadtrat vom 18.09.2012 fand keine Mehrheit. Die Stadtratsfraktion schlug vor, mit einer Ausschreibung an regionale Künstler_innen und einer Suche nach Spender_innen, im Friedenspark eine zeitgemäße Skulptur zu installieren, die das Thema Frieden zum Inhalt hat(2). Auch hier konnte DIE LINKE nur 8 Stadträte hinter sich bringen, die eigene Fraktion verfügt über fünf Mandate.

Interessant ist auch der Wortlaut des Antrages der CDU im Stadtrat, den Prof. Dr. Peter Schwerg namens seiner Fraktion einbrachte. So heißt es, das Denkmal diene „[...] dem SED-Regime u. a. als Abschluss der Blickachse von der Tribüne in der Breite Straße [...]“. Die DDR als „SED-Regime“ zu bezeichnen, ist einer der Tricks der CDU. Die Zuschreibung es habe sich um das „Regime“ einer einzelnen Partei gehandelt, ist der Versuch, sich aus der eigenen Verantwortung in der Zeit zwischen 1946 und 1989 zu stehlen. Tatsächlich war die CDU Teil der DDR und hatte vielerorts Einfluss, Macht und traf Entscheidungen. Die nachträgliche Umdeutung der Partei als „Widerstandsgruppe in einer Diktatur“ ist regelrecht anmaßend.

In Verantwortung der CDU wird tatsächlich der Versuch unternommen, sämtliche Ge-

denkorte, Tafeln oder Inschriften mit Verweis auf die Zeit des Nationalsozialismus zu entfernen oder mit verfälschenden Texten zu versehen. Mit Erfolg konnten sogenannte Christdemokraten bereits vielfach die Hinweise auf den Widerstand, insbesondere durch Kommunist_innen und Sozialdemokrat_innen entfernen. Zumeist findet man dann an den betreffenden Stellen gar keine Tafeln oder Ähnliches mehr. Wo das nicht möglich ist, wird etwas angebracht, was immer den gleichen Text hat, nämlich irgendetwas undifferenziertes bei dem die Worte „Diktatur“ und „Gewaltherrschaft“ eine Rolle spielen. Eine der absurdesten Tafeln zu diesem Thema findet sich in Hohnstein(3). Dort findet sich zwar direkt vor der Burg der Verweis auf eines der frühen Konzentrationslager der Nazis in Sachsen, aber gleichzeitig wird davon geschrieben, die DDR habe in der Burg ein „Isolationslager“ geplant, welches allerdings nie zur Ausführung kam.

Auch in Pirna hat die CDU jetzt ihren Willen bekommen. Ohne weitere Ankündigung in der Sitzung des Stadtrates am 15.11.2012, wurde das Denkmal im Friedenspark jetzt demontiert. Die für die Demontage zuständigen Arbeiter wurden dann auch in der Lokalzeitung(4) vorgestellt. Darunter ist Ferry Weihs, seines Zeichens ehemaliges Führungsmitglied der 2001 verbotenen „Skinheads Sächsische Schweiz“. 2003 wurde er mit 17 weiteren Personen rechtskräftig verurteilt.



Weihls hatte danach versucht als Mittelalterdarsteller auf Märkten und auf Ortsfesten aufzutreten. Zumindest bei der bielataler Vereinigung „Rolandslanze“ konnte er dies bis 2007(5). Noch heute treten Nazis in diesem Bereich auf, zuletzt waren ein einschlägiges Schild und die dazugehörigen Gesichter beim Kloster- und Burgfest in Oybin (Landkreis Görlitz) aufgefallen(6). Auch einen Namen haben die „Mittelalterfreunde“ - sie nennen sich jetzt „Manus ad Ferrum“.

Die politische Richtung von Ferry Weihls hat mittlerweile eine kleine Familientradition(7). Vater Egon Weihls war von 2004 - 2008 Stadtrat der NPD in Pirna. Bekannt wurde er mit einem Beitrag der Sendung „Kontraste“ auf RBB, bei der er den Holocaust leugnete, indem er sagte, er wisse nicht, ob der maschinelle Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden stattgefunden habe, weil er nicht dabei war(8).

Unter diesen Vorzeichen hat der politisch motivierte Abriss des sowjetischen Ehrenmals im Pirnaer Friedenspark einen besonders bitteren Beigeschmack. Das selbe gilt für den zeitlichen Kontext. Ungefähr eine Woche zuvor trafen sich wieder Menschen auf dem zentralen Pirnaer Friedhof zum revisionistischen „Volkstrauertag“. An diesem Tag wird wahllos gedacht, daher lud das Landratsamt entsprechend „zum stillen Gedenken an die Opfer von Gewalt und Krieg aller Völker“. Eine Unterscheidung, dass bei den sogenannten „Völkern“ solche dabei waren, die vernichten wollten und solche, die vernichtet werden sollten - würde wahrscheinlich nicht mehr in die heutige Zeit passen. Immerhin sollen wir heute ungezwungen mit der eigenen Geschichte umgehen können. Ein großer Lehrmeister für die Art Erinnerungskultur ist übrigens der „ZDF-Historiker“ Guido Knopp.

Ein sowjetisches Ehrenmal, was uns ständig daran erinnert, dass unsere Vorfahren mit

militärischen Mitteln in ihrem Vernichtungswahn gestoppt werden mussten, passt da nicht ins Stadtzentrum. Vor allem nicht in einer Zeit, da die Nazis von heute wieder Zulauf haben, wo sie Menschen bedrohen, jagen und morden.

Irgendwie kommt einem der Schwur von Buchenwald in den Sinn. Darin heißt es unter anderem: „[...] Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. [...]“. Er ist so wichtig und scheint sofern dieser Tage, wo wir in Pirna den Tag der Schande erlebt haben.



Quelle:

- 1 - <https://ssl.ratsinfo-online.net/pirna-bi-vo020.asp?VOLFDNR=3069&options=4#searchword>
- 2 - www.niqel.de/grenzlos/stele.jpg
- 4 - <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=3213456>
- 5 - http://www.sz-online.de/_sitetools/news/printversion.asp?id=1569651&URL=/nachrichten/artikel.asp
- 6 - <http://k2kulturkiste.blogspot.de/2012/10/28/ritterliche-nazis/>
- 7 - <http://www.stern.de/politik/deutschland/rechtsradikalismus-neue-heimat-fuer-altenhass-527611.html>
- 8 - http://www.rbb-online.de/kontraste/ueber-den_tag_hinaus/extremisten/npd_auf_dem_vormarsch.html

Der Autor des Textes ist Lutz Richter, er ist Mitglied der VVN-BdA im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Kreistagsabgeordneter der Partei DIE LINKE. Mit seiner Partei organisierte Richter Aktionen zum Erhalt des Denkmal. Ein offener Brief wurde von zahlreichen Personen unterschrieben. Mehr auf der Internetseite:

www.friedenspark.blogspot.de

Brandstifter-Tour der NPD ist vorbei

Die als Brandstifter-Tour bezeichnete Hetzrundfahrt der NPD ist mit einer Kundgebung in Riesa zu Ende gegangen. Mit ihrer Fahrt wollte die Partei Stimmung gegen Asylsuchende und den Islam machen - wohl eine von wenigen Themen, mit denen sie noch punkten kann. Doch das Ergebnis dürfte selbst die eingefleischten Nazis nicht zufrieden stellen können. Begleitet wurde die Tour in jeder Stadt durch lautstarke Proteste - selbst in Regionen in denen sich die NPD stark wähnte.

Begonnen hatte der Spuk am 30. Oktober in Chemnitz und Plauen. Die „Mannschaft“ der NPD bestand fast ausschließlich aus Führungsköpfen - selbst in den größeren Städten schlossen sich kaum Andere den Kundgebungen an. Zu den rund 30 NPD-Funktionären (tatsächlich fast nur Männer) gehörten neben den Mitgliedern der Landtagsfraktion die stellvertretenden Landesvorsitzenden Maik Scheffler und Jens Baur. Auch sämtliche Führungsköpfe der Jungen Nationaldemokraten waren gekommen, um die Tour zu schützen. Dies gelang ihnen allerdings nicht besonders gut.

Dies sollte die reisefreudige NPD-Truppe am 01. November in Dresden zu spüren bekommen. Dort belästigten sie am Morgen die Faith Camii Moschee und wollten danach zum Wohnheim für Asylsuchende. Auf dem Weg dahin versuchten Blockierer_innen den Konvoi anzuhalten, der aber beschleunigte und versuchte Protestierende anzufahren. Dann stiegen bewaffnete Nazis aus den Autos aus und griffen an. Bei den Auseinandersetzungen wurde das Auto des Bundesvorsitzenden Holger Apfel beschädigt und der stellvertretende Landesvorsitzende Jens Baur verletzt. Nach Angaben der Polizei nahmen sie über 40 Personalien auf und 15 Menschen vorübergehend in Gewahrsam.

Zu Handgreiflichkeiten kam es am Abend auch in Leipzig. Dabei hatte die NPD die Auflagen verletzt und die Warnungen der Polizei missachtet. Diese setzte dann die Auflagen durch, in dem sie die Kundgebung stürmte und die Lautsprecheranlage beschlagnahmte.

Bereits vorher war der NPD-LKW von einem Protestanten angegriffen wurden. Nach zwei Tagen starken Gegenwind hoffte die Brandstifter-Tour nun auf ruhige Kundgebungen in Pirna, Kamenz, Radebeul und Riesa.





Dem war aber nicht so. Am 02. November demonstrierten über 100 Menschen in Pirna gegen die Kundgebung der NPD. Diese fand vor der Goethe-Schule statt, aus der ein großes Transparent mit der Aufschrift „Religionsfreiheit und Asyl sind Menschenrecht“. An der Kundgebung beteiligten sich die üblichen Führungsköpfe begleitet von den lokalen „NPD-Größen“ Carmen Steglich, Hartmut Gliemann und Thomas Sattelberg. Eine im Vorfeld angekündigte Spendenaktion brachte 800 Euro, die im Rathaus der AG Asylsuchende übergeben wurde. Damit sollen nun Projekte für Asylsuchende im Schmieberger Wohnheim finanziert werden. Und auch in den anderen drei Städten (Kamenz, Radebeul und Riesa) fanden sich deutlich mehr Protestant_innen als NPD-Fans ein. Die Reden blieben weitgehend ungehört bzw. wurden nur von den oben erwähnten Funktionären wahrgenommen. Auf dem Weg des NPD-Konvoi von Kamenz nach Radebeul kam es erneut zu einem Zwischenfall. Laut Polizeiangaben sollen Antifaschist_innen versucht haben den NPD-LKW zu stoppen. Danach sei es zu einer Auseinandersetzung gekommen sein, nach der die Polizei den NPD-Konvoi aufhielt und nach Waffen durchsuchte. Die angemeldete Kundgebung konnte deshalb erst mit großer Verspätung anfangen.

Es bleibt festzuhalten, dass die NPD-Tour unerwartet viel Protest hatte. Die Kundgebungen

selbst blieben kaum gehört und den Nazis gelang es nur selten mehr als 40 Zuhörer_innen zu gewinnen. Selbst in Regionen, die für die Partei lange als Hochburg galten, war der Protest in Hör- und Sichtweise deutlich zu spüren. Und selbst dort, wo er „gering“ ausfiel kamen über 100 Menschen. Bei den größten Protesten waren über 300 Menschen anwesend und das meist am Vormittag. Das Ergebnis zeigt auch, dass die NPD weitere Probleme hat - und das zu recht. Sie hat sich vom NSU-Skandal und internen Kämpfen nicht erholt. Die Verbindungen verschiedener Funktionäre zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) lässt eben zu deutlich vermuten, was die NPD meint, wenn sie gegen Asylsuchende hetzt.

Doch Grund zu Freude gibt es auf keinen Fall. Es sollte nicht vergessen werden, dass gerade Innenminister Friedrich (CDU) alles unternimmt, um der NPD die Wählerschaft abzugraben. Wenige Tage nach der Einweihung des Gedenkplatzes für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma, gießt Friedrich Öl ins Feuer. Er fordert die Ausweisung von Menschen aus Serbien und Mazedonien, die zumeist Roma sind. Außerdem drohte er wenige Wochen vorher, die Absenkung der Geldleistungen für Asylsuchende an.

Fotos: www.rappelsnut.de





Mann? Frau? Egal!

Die Diskussion ist nicht neu und nein, wir sind nicht zu Spezialist_innen für Gender- oder Queer-Theorien geworden aber dennoch bleibt das Thema wichtig. Es ist wichtig, weil die Einen die Geschlechterdiskussionen wie selbstverständlich ablehnen und die Anderen sie wie selbstverständlich nicht mehr führen. Dabei gehört sie ohne Zweifel zu den relevantesten Themen emanzipatorischer Politik. Also müssen wir auch weiter dafür streiten.

Geschlecht? Was ist das eigentlich? Ist es biologisch - ist es sozial - ist es Beides? Medizinisch gesehen, gibt es eine Reihe von Maßstäben für Frau und Mann. So könnte der Hormon-Haushalt, Geschlechtsorgane oder die chromosomale Ausstattung genannt werden. Aber lässt sich Geschlecht wirklich darauf reduzieren? Den Unterschied zwischen Frau und Mann gibt es vielleicht auch nur deshalb, weil wir ihn gesucht haben - weil wir eine Bezeichnung für ihn haben. So kann die These aufgestellt werden, dass erst die Sprache den Dingen eine Bedeutung zuweist und nicht anders herum. Kurzum, es gibt Möglichkeiten sich aus der Konstrukt des „Geschlecht“ zu lösen. Nicht wenige Leute würden davon profitieren. Denn Fakt ist, dass eine Menge Menschen leben, die nicht in Geschlechterschemen gepresst werden woll(t)en. Einige von ihnen sind damit Selbstbewusst. Doch diejenigen, die sich nicht öffnen können leiden

oft - manchmal ein Leben lang. Denn sehr häufig wird Intersexualität als Krankheit betrachtet, die therapiert oder medizinisch behandelt werden müssen. Und dies wird dann auch getan. Zwar rügt die UN regelmäßig dieses Vorgehen in Deutschland aber geändert hat sich dabei nicht viel. Allein die Tatsache, dass Transgender in der medizinischen Sprache als „Menschen mit Geschlechtsidentitätsstörung“ bezeichnet werden, zeigt wie fest verankert Geschlechterdenken in der Gesellschaft ist. Und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) führte selbst 2012 noch „Transgender“ als eine der psychischen Krankheit auf ihrer Liste, obwohl es mehrfach Petitionen gab um dies zu verändern.

Für einen Teil der Menschen, die sich im Körper des „falschen Geschlechtes“ gefangen fühlen, sind Operationen natürlich eine Möglichkeit. Für Andere wiederum hatten diese körperliche und psychische Folgen, denn nicht selten werden sie im Kindesalter durchgeführt. Dafür haben die Eltern zwar die Zustimmung zu geben aber auch die entscheiden meist nach „gesellschaftlichen Normen“ und fühlen sich gedrängt eine Entscheidung zu treffen. In einigen Fällen berichten betroffene Familien auch über schlechte bzw. unzureichende Beratung. Mittlerweile gibt es eine Reihe von Selbsthilfegruppen, in denen sich ehemalige Kinder zusammengeschlossen haben, um über die Folgen des Eingriffes zu sprechen.



Warum sollte es notwendig sein, Menschen in ein zweigeschlechtliches System zu pressen? Allein das Wissen, dass Kinder bis zum sechsten Monat noch keinem der beiden Geschlechter zugeordnet sind, könnte zum Nachdenken anregen.

Warum die Geschlechterdiskussionen geführt werden muss, sollte angesichts der alltäglichen Auswirkungen nicht sonderlich zur Frage stehen. Die Schmähungen homosexueller Sportler_innen, die fehlende Gleichbehandlung zwischen Frauen und Männern oder tätliche Übergriffe auf Transsexuelle sind Zeichen, dass ein Geschlechterdenken der theoretische Unterbau für eine Reihe von Diskriminierungen ist. Um uns weiter der Auseinandersetzung mit dem Thema zu stellen, veranstaltet die K2 - Kulturkiste (Kirchgasse 2, 01796 Pirna) zwei Tage mit Vorträgen. Der Erste findet am 28. Januar statt. „Eine Vorstellung der Ideen von natürlichen Frauen und Männern, natürlichen Unnatürlichkeiten, gar keinen Frauen und Männern sowie der Möglichkeiten revolutionärer Sexualitäten (für alle).“ heißt es in der Ankündigung des Bildungsreferenten Danilo Ziemer (NDC e.V.)



28. Januar 2013 - 18 Uhr - K2 Kulturkiste Pirna

3x Spielabbruch

Immer häufiger kommen Behörden und Ministerien in die Kritik - im Besonderen nach dem Versagen im Zusammenhang mit den NSU-Morden. Die andauernden Versuche den beschädigten Ruf zu verbessern, finden aber immer seltener Gehör. In Leipzig durfte diese Erfahrung der neue sächsische Verfassungsschutz-Chef Meyer-Plath machen. Eine Podiumsdiskussion musste abgebrochen werden, weil ein großer Teil der Gäste den Erklärungen nicht folgen wollte. Auch die angekündigten Teilnehmenden des Podium hatten keine Lust mit Meyer-Plath zu diskutieren. Das Forum für kritische Rechtsextremismusforschung erklärte dazu: „Einzige Konsequenz dieser Auseinandersetzung kann aus unserer Sicht nur die vorzeitige Schließung der Ausstellung sein. Ist sie doch Hohn und Spott nicht nur für die zehn Opfer im Rahmen von zehn Jahren katastrophaler Fehlrecherche der Sicherheitsbehörden in Sachen NSU, sondern auch für all diejenigen, die im Rahmen antirassistischer und demokratiefördernder Arbeit vom Verfassungsschutz als „Extremisten“ eingestuft und grundlos bespitzelt wurden.“

Eine ähnliche Erfahrung machte am 06.12. der frühere bayrische Innenminister Günther Beckstein (CSU). Während eines Vortrag an der Uni Bremen über „Zuwanderungspolitik“ gab es so heftige Proteste, dass die Veranstaltung abgebrochen wurde. Die Protestierenden kritisierten Becksteins rassistische Sichtweisen und die Verteidigung der Abschaffung des Rechtes auf Asyl. Ein Begleiter Becksteins beschimpfte die Studierenden als „rotlackierte Faschisten“. Am selben Tag verhinderten Studierende der Uni Leipzig einen Vortrag des Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU). Er wollte über den Auftrag der Bundeswehr sprechen und begann Auslandseinsätze zu verteidigen. Daraufhin entrollten Studierende Transparente und störten den weiteren Verlauf des Vortrags, worauf hin de Maizière abbrach.

„Weil wir Teil des Problems sind, sind wir aber auch Teil der Lösung!“

- 2. Ost-West-Konferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Demokratie -

Am 23. und 24. November fand in Nürnberg eine Tagung zum Thema „Erinnerungsdiskurse und Menschenfeindlichkeit in Kirche und Gesellschaft“ statt. An dieser nahmen über 100 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Zu den vielen namhaften Organisationen gehörten die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, der Deutsche Evangelische Kirchentag, das DokuZentrum Oberer Kuhberg Ulm und A.I.D.A. München. Zu den Teilnehmer_innen gehörte außerdem der bayrische Holocaustüberlebende Ernst Grube. Als Mitglied der VVN-BdA wird Grube auch heute noch vom bayrischen Verfassungsschutz als Antifaschist beobachtet - bis vor kurzem wurde er namentlich sogar in deren Berichten erwähnt.

Die Veranstaltung begann im DokuZentrum Reichsparteitagsgelände. Dort konnten die Teilnehmenden an verschiedenen Führungen teilnehmen, bevor Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm die offizielle Begrüßung vornahm. Das Eröffnungsreferat hielt dann Prof. Dr. Dr. h.c. Aleida Assmann von der Universität Konstanz. Sie ist Kulturwissenschaftlerin mit den Forschungsschwerpunkten kulturelles Gedächtnis, Erinnerung und Vergessen. Das zweite Input-Referat hielt Dr. Björn Mensing aus Dachau. Er ist Beauftragter der Landeskirche Bayern für evangelische Gedenkstättenarbeit. Er sprach über Verstrickungen und Mittäterschaft von Protestant_innen im Nationalsozialismus. Dies wurde verdeutlicht an Beispielen aus Bayern. Dr. Mensing erklärte, dass Einzelbeispiele aus dem Widerstand so beschrieben werden, dass sie zum Allgemeinen wurden und die Kirche so zur Widerstandszelle. Es gab (und gibt) aber große Widerstände, wenn Pfarrer_innen geehrt oder gewürdigt werden sollen, die die

sen Widerstand tatsächlich stützten. Andererseits konnten systemtreue Christ_innen meist unbehelligt weiterarbeiten. Dies hat(te) auch mit der familiären und kollegialen Loyalität zu tun, die es verbat, diese Auseinandersetzungen zu führen.

Nach einer kurzen Pause stellten sich dann beide Referent_innen zusammen mit Bischof Bedford-Strohm und RA Yavuz Narin der Frage, wie die rassistische Mordserie des NSU den Diskurs in Kirche und Gesellschaft verändert. Besonders interessant waren die Ausführungen von Yavuz Narin, der als Rechtsanwalt die Nebenklage für die Angehörigen von Theodoros Boulgarides vertritt. Dieser wurde 2005 von den Mitgliedern des NSU in München ermordet. In der anschließenden Pressemeldung einer lokalen Zeitung hieß es damals:

„Eiskalt hingerichtet – das siebte Opfer
Türken-Mafia schlug wieder zu

dop./jam. München Es war kein Raubmord. Und auch kein Beziehungsdrama: Der Grieche Theodoros Boulgaridss (41) wurde am Mittwoch in der Trappentreustraße (Westend) das Opfer einer eiskalten Hinrichtung – verübt von bis heute unbekanntem Mafia-Killern, die seit September 2000 schon sechs türkische Händler in München, Nürnberg, Rostock und Hamburg töteten. Sie alle verbindet ein unsichtbares Band: Es geht offenbar um schnell verdientes Geld für Handlanger-Dienste. Für eine hochkriminell agierende Rauschgift-Organisation, die Abtrünnige grausam straft.“

Yavuz Narin erklärte, welche Auswirkungen diese Berichterstattung und die langen Ermittlungen der Behörden im Umfeld des Mannes auf die Familie hatten. Und auch mit den heutigen Versuchen, die Wahrheit aufzudecken ist der Anwalt unzufrieden. „Es scheint so, als würde es Schlimmer sein aufzudecken was geschehen ist, als die Taten selbst.“



Frau Dr. Assmann (Uni Konstanz) kritisierte, dass es in erster Linie immer darum ginge, das Vertrauen in die Behörden wieder herzustellen, anstatt um die Opfer, deren Angehörige und deren Leben. „Ein Vergessen schützt immer die Täter und schadet den Opfern“. Dr. Mensing (EKLB) gab auch noch einmal zu bedenken, aus welchen Reihen die Menschen rekrutiert wurden, die den Verfassungsschutz aufbauten und dann den Blick weg vom „Rechtsterrorismus“ lenkten. Diese Umdeutungen wirkten eben bis heute in Kirche und die Gesellschaft allgemein weiter. Außerdem wies er darauf hin, dass es bei diesem Ausmaß eben nicht ausreichte, in „netter Atmosphäre mit der Kanzlerin Kerzen anzuzünden.“

Der weitere Abend bot ausreichend Gelegenheiten über die Referate und die Diskussionsrunde zu sprechen. Außerdem konnte an einer weiteren Führung durch die Ausstellung „Arisierung in Nürnberg und Fürth“ teilgenommen werden.

Der zweite Tag begann dann im Tagungshaus Stein des evangelischen FaruenWerk e.V. Nach der Morgenandacht sprach der Dachauer Psychotherapeut Dr. Jürgen Müller-Hohagen über die Auswirkungen des Nationalsozialismus in Familien von Täter_innen.

Dann begann die Arbeit in sechs unterschiedlichen Arbeitsgruppen, deren Ziel es war, vertiefend auf bestimmte Fragen einzugehen. Dazu gehörte ein Workshop zum Thema „Traumatisierte Erinnerung - Die Bombardierung deutscher Städte zwischen Opfermythos und Unfähigkeit zur Schuldannahme“. Die Teilnehmenden sahen Ausschnitte aus dem neuen Doku-Film „come together. Dresden und der 13. Februar“. Andere Gruppen arbeiteten zu „Erinnerungsarbeit im Kontext der Rechtsextremismusprävention“ oder des „Geschichtsrevisionismus der extremen Rechten“.

Im Anschluss wurden die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen vorgestellt und in eine Abschlusserklärung der Konferenz eingearbeitet. Diese verurteilt die rassistische Übergriffe und fordert kirchlich und politisch Verantwortliche auf, sich mehr zu engagieren und die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Initiativen zu fördern. Außerdem wurde in einem Extra-Papier „Nächstenliebe verlangt Klarheit“ zu christlichen Blockaden gegen Nazi-Aufmärsche aufgerufen. Darin heißt es ganz unmissverständlich „Ziviler Ungehorsam ist ein Bürgerrecht!“

Die nächste Konferenz findet dann am 29./30. November 2013 in Salem am Malchiner See in Ostvorpommern statt.





Nazi-Angriffe in Heidenau und Pirna

Am Abend der Eröffnung des Heidenauer Weihnachtsmarktes, liefen laut Angaben der Tageszeitung DNN mehrere Nazis grölend durch die Stadt. Sie riefen „Sieg Heil!“ und beschädigten ein Auto, sowie Verkehrszeichen. Ein Teil der Gruppe fuhr dann mit der S-Bahn nach Pirna. Dort ging die Hass-Tour weiter. Ein Jugendlicher wurde angegriffen und erlitt Verletzungen im Gesicht, die im Krankenhaus behandelt werden mussten. Nach Angaben der Zeitung konnte die Polizei aber einige der Täter ermitteln - mindestens einer sei ihnen als „Rechtsextremist“ bekannt.

Glückwunsch an der Grünen Laden

Am 26. November feierte die Geschäftsstelle der Grünen-Partei im Landkreis ihr 5-Jähriges Bestehen. Begleitet wurde diese mit der Vernissage der Ausstellung „Afrikanische Wahrheiten“ des aus der DR Kongo stammenden Künstlers Mike Mika. Vor fünf Jahren eröffnete der damalige GRÜNE Bundestagsabgeordnete Peter Hettlich das Büro in Pirna und besetzte es mit Ines Kummer. Später wurde sowohl das Büro, als auch die Mitareiterin durch Eva Jähnigen (MdL) übernommen. Viele ehrenamtlich Engagierte unterstützen den „Laden“. Wir gratulieren den Kolleg_innen im Namen des AKuBiZ e.V. und der K2 Kulturkiste und hoffen auch weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit.

Neue Gedenktafel eingeweiht

Seit wenigen Wochen gibt es eine Gedenktafel an der Maxim-Gorki-Straße 16. Enthüllt wurde diese im Beisein des Pirnaer Oberbürgermeisters Hanke. Die Tafel erinnert an die Ärztin Dr. Annemarie Köhler, die Tagebuchnotizen von Viktor Klemperer vor den Nazis versteckte. Nachdem Dr. Köhler, im

Jahr 1937 ihre Zulassung als niedergelassene Ärztin in Pirna erhielt, arbeitet sie in einer Pirnaer Privatklinik. Mit der Familie Klemperer verband sie ein freundschaftliches Verhältnis. Eva Klemperer vertraute Köhler in regelmäßigen Abständen die Tagebuchnotizen ihres Mannes an, da eine Aufbewahrung dieser im Judenhaus in Dresden – dem damaligen Wohnsitz der Familie Klemperer – zu gefährlich war. Einer Entdeckung der Tagebücher durch die Gestapo wäre eine Internierung in ein Konzentrationslager gefolgt.

Frido Seydewitz zu Gast in Pirna

Auf Einladung der VVN-BdA in Pirna besuchte der Ehrenvorsitzende Frido Seydewitz am 07. Dezember Pirna. Er sprach während des Vereinstreffens über die Arbeit der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ und über sein Leben. Er wurde als Sohn des SPD-Politikers Max Seydewitz 1919 in Leipzig geboren. Als Verfolgte der Nazis floh die Familie in die Tschechoslowakische Republik. Die beiden Brüder Frido und Horst kamen dann nach Moskau. Im Zusammenhang mit den „Moskauer Prozessen“ wurden die Brüder dann verurteilt und verbrachten mehrere Jahre im Arbeits- und Straflager im Nordosten der Sowjetunion. „Die Prozesse“, so Frido Seydewitz, „richteten sich an viele Immigranten.“ Er wurde verdächtigt einer Moskauer Hitler-Jugend anzugehören. Nur mit viel Glück überlebte er die Gefangenschaft und kehrte erst im März 1948 nach Dresden zurück.

Zu diesem Zeitpunkt war sein Vater bereits Ministerpräsident von Sachsen. Die Geschichte zeigt viele dramatische Ereignisse und wirft interessante historische Fragen auf, die an diesem Abend nicht alle besprochen werden konnten. Heute ist der 93-Jährige Frido Seydewitz Ehrenvorsitzender des VVN-BdA Sachsen und setzt sich weiter für humanistische Grundsätze ein. Er vermittelte auch nicht den Eindruck, als wolle er damit demnächst aufhören.

Erste Erfolge gegen „Extremismusklausel“

Noch nicht lange ist es her, da wurde eine geplante Änderung des Steuergesetzes nicht umgesetzt. Eigentlich sollten Verfassungsschutzbehörden durch die Nennung von Initiativen dafür sorgen können, dass diese die Gemeinnützigkeit verlieren. Doch dazu kam es nicht - die Abgeordneten beschlossen den Passus zu streichen. Bereits im Vorfeld kam es zu zahlreichen Protesten und einem Brief, der von 180 Vereinen/Initiativen unterzeichnet wurde. Bei einer Kundgebung vor dem Bundestag wurden Schilder mit den Aufschriften „Friedensbewegung“, „Umweltbewegung“, „Zivilgesellschaft“ und „Kritische Kultur“ geschreddert. Damit wollten die Teilnehmenden auf die Einschränkung einer demokratischer Kultur aufmerksam machen. Auch der Republikanische Rechtsanwaltsverein (RAV) hatte auf die Auswirkungen aufmerksam gemacht und davor gewarnt.

Seit geraumer Zeit kursiert nun außerdem eine neue Extremismusklausel des Schröder-Ministeriums. Dies kann mit hoher Wahrscheinlichkeit als Reaktion auf das Urteil in Dresden vom 25. April angesehen werden. Damals siegte das AKuBiZ vor dem Verwaltungsgericht mit einer Klage gegen die Extremismusklausel. „Bedauernswert ist, dass sich mit der neuen Formulierung nicht wirklich etwas ändert. Die neue Version ist eine abgemilderte Form der ersten Variante, ändert aber nichts an dem weiterhin bestehenden Mißtrauen.“ erklärt das Netzwerk Tolerantes Sachsen. In der neuen Version heißt es „Wir werden keine Personen oder Organisationen mit der inhaltlichen Mitwirkung an der Durchführung des Projektes beauftragen, von denen uns bekannt ist oder bei denen wir damit rechnen, dass sie sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung betätigen.“ Mit der Unterschrift zu diesem Papier müssten sich Initiativen immer fragen: Ab wann müssen wir eigentlich damit rechnen? So wird auch ein gegenseitiges

Mißtrauen unter den Demokratie-Vereinen gesät. Womöglich bewusst bzw. gewollt.

Selbstverständlich lehnt das AKuBiZ weiterhin die Unterschrift zu dieser Erklärung ab und beruft sich damit auf die Erläuterungen vom November 2010. „Die intransparente Kategorisierung von Initiativen, die sich gegen Rechts engagieren, werden wir nicht mit einer unsolidarischen „Gesinnungsprüfung“ unterstützen.“

Weitere Einschränkungen

Der Deutsche Bundestag hat vor wenigen Tagen in namentlicher Abstimmung den Haushalt des Bundesministerium für Soziales, Familie und Jugend gegen die Stimmen der Oppositionsparteien verabschiedet. Damit stehen rund 75 Prozent der bisher geförderten „Projekte gegen Rechtsextremismus“ Ende 2013 vor dem Aus. In einem eigenen Antrag forderte zum Beispiel die LINKE die Mittel von 29 Mio. auf rund 34 Mio. Euro zu erhöhen und ausschließlich für die Auseinandersetzung mit „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu verwenden“ Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert die Bundestagsfraktionen auf, die bestehende Arbeit der Maßnahmen und Projekte zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie abzusichern.



Aktuelle Veranstaltungen im Winter:

15.12.12

az conni dresden

eintritt: 5 € + spende

einlass: ab 20 uhr

beginn: 21 uhr

**solikonzert
für asylsuchende**

solidarity concert for refugees

breakdown

hardrock aus heidenau

microphone mafia

hip hop aus köln

2. 01796 Pirna



veranstaltet von:

+ akubiz e.v.

(akubiz.de)

+ netzwerk asyl, migration und flucht dresden

(namf.blogspot.de)

+ ag asylsuchende ssw/oe

(asylsuchende.blogspot.de)



Impressum:

Die „attenzione“ versteht sich als alternatives Informationsheft des Vereins AKuBiZ e.V.
V.i.S.d.P.: AKuBiZ e.V.
Kirchgasse 2; 01796 Pirna
Internet: www.attenzione-pirna.de
E-Mail: akubiz@gmx.de
Erscheinungsweise: bis auf weiteres einmal jeden Monat.

Pirna LINKS:

<http://asylsuchende.blogspot.de>
www.akubiz.de
<http://elbsandstein.blogspot.de>
www.vnbd-sachsen.de
www.raa-sachsen.de
www.kulturbuero-sachsen.de
www.attenzione-pirna.de
www.gedenkplaetze.info
<http://ablehnung.blogspot.de>
<http://stimmenausderprovinz.wordpress.com>

Hinweis: Wir benutzen den Unterstrich (z.B. Antifaschist_innen), um geschlechterneutral zu schreiben. Der Unterstrich markiert eine sprachliche Lücke und soll konservatives Geschlechterdenken aufbrechen.